

in welche die Industrie im innerdeutschen sowie gesamteuropäischen Vergleich etwas verspätet Einzug hielt, stand den Innenverwaltungen sehr bald nach dem Beginn der beschleunigten Industrialisierung ein normativ verankertes Instrumentarium zur Erfassung und statistischen Analyse der inter- und innerstädtischen Mobilität zur Verfügung.<sup>1</sup> Anders als beispielsweise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, aber mit dem dort bereits erworbenen Erfahrungsschatz, hatten die Verwaltungen hier die Gelegenheit, migrative Bevölkerungsbewegungen schon ab einem recht frühen Stadium der industriellen Erschließung zu protokollieren und eventuell nötige Steuerungsversuche einzuleiten. Die Beobachtung der Migrationswellen erfolgte schwerpunktmäßig einerseits unter volkswirtschaftlichen und andererseits unter ethnisch-nationalen Gesichtspunkten. Politische Intentionen, z.B. zur Kontrolle der Demokratie- und der Arbeiterbewegung, interessierten im Zusammenhang mit dem Binnenwanderungsgeschehen des Industrialisierungszeitalters nur am Rande, sofern ganz konkret eine staatsfeindliche politische Infiltration aus dem Ausland befürchtet wurde. So observierten die Polizeibehörden nach der gescheiterten Märzrevolution von 1848 in den 1850er Jahren deutsche Wanderarbeiter, die aus der Schweiz in die Rheinprovinz heimkehrten, wegen eventueller Kontakte zu politischen Flüchtlingen in Zürich.<sup>2</sup> Oder man nutzte die kommunalen Melderegister als praktische Nachschlagewerke zum Auffinden "verdächtiger Elemente".<sup>3</sup> Das Hauptaugenmerk richtete sich jedoch auf andere Phänomene. Besonders die Auswirkungen der Land-Stadt-Wanderung beunruhigten die Behörden, daneben die Folgeprobleme öfter auftretender Massenarbeitslosigkeiten sowie umfangreiche ausländische Zuzugskontingente, in erster Linie aus Polen und Italien, aber auch aus Frankreich, aus den Niederlanden und aus Luxemburg. Sonderaspekte in der deutsch-französisch-luxemburgisch-belgischen Grenzregion bildeten Unruhen in unmittelbarer Grenznähe, besonders durch Ausländer, sowie Fragen der Präsenz ausländischer Betriebe und ausländischer Führungskräfte auf eigenem Territorium, sei es in der Privatwirtschaft oder im Staatsdienst, in den vor allem die germanophonen Luxemburger drängten. Nicht zuletzt beschäftigten sich die Verwaltungen mit den Folgen der Bevölkerungsverschiebungen für die Sittlichkeit und Moral des Staatsvolkes, denn die Industrialisierung bedeutete gerade für einen Großteil der

---

<sup>1</sup> Vgl. Kapitel C.

<sup>2</sup> Vgl. LHA Ko 442/6384.

<sup>3</sup> In den Diederhofener Polizeiakten findet sich z.B. die Bitte des Petersburger Polizeichefs aus dem Jahre 1899, einen der Subversivität verdächtigen Russen ausfindig zu machen, der – nur weil er einen bekritzelten Zettel mit dem Briefkopf einer Diederhofener Gaststätte an die Polizei der russischen Hauptstadt geschickt hatte – für "psychisch krank" und "gefährlich" erachtet wurde.